

**5. Änderungssatzung zur  
Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Warendorf vom 06.07.1995  
vom 19.12.2022**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV. NRW., S. 490), und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV. NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (GV. NRW. S. 1063), hat der Rat der Stadt Warendorf in der Sitzung am 16.12.2022 folgende Änderungssatzung beschlossen:

**Artikel 1**

**§ 2 wird um folgenden Absatz 3 ergänzt:**

(3) Soweit Leistungen der Umsatzsteuer unterliegen, erhöhen sich die Gebühren um den Betrag, der nach dem Umsatzsteuergesetz in der jeweils geltenden Fassung als Umsatzsteuer zu entrichten ist. Die Erhöhung ist Teil der Gebühr.

**Artikel 2**

**Bei der Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung wird die Überschrift „Gebühr EURO“ durch folgende Formulierung ausgetauscht:**

Gebühr EURO (ggf. zzgl. Umsatzsteuer, s. § 2 Abs. 3)

**Artikel 3**

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

**Stadt Warendorf  
Der Bürgermeister**

**Bekanntmachungsanordnung**

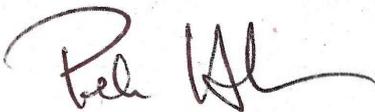
**Öffentliche Bekanntmachung der 5. Änderungssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Warendorf vom 06.07.1995**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gemäß § 15 der Hauptsatzung der Stadt Warendorf in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 19.10.2021 öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser ortsrechtlichen Bestimmungen nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Warendorf, den 19.12.2022



Peter Horstmann  
Bürgermeister